Ostfriesischer Kurier

Unabhängige und überparteiliche Tageszeitung für den Landkreis Aurich

139. JAHRGANG / NUMMER 248 | DIENSTAG, 24. OKTOBER 2006 | 0,90 EURO / H 5517

FLORIAN

Ziemlich makaber!

Stellen Sie sich vor, Sie wollen nach dem Tod und der Beerdigung Ihrer Mutter das Familiengrab wieder in Ordnung bringen, müssen dafür etwas Erde, die ausgehoben wurde, abfahren und entdecken darin Knochenreste und einen Sarggriff. Florian findet das ziemlich makaber. Längst nicht jeder kann damit umgehen, wie diejenigen, die das Grab ausgehoben haben. Von ihnen hätte Florian allerdings etwas mehr Fingerspitzengefühl bei der Arbeit erwartet. Beides hätte ja nicht unbedingt dort liegenbleiben müssen – oder?

LOKALES

Norden – In Norden wird es eine Demonstration gegen Verkaufspläne des Vivento-Callcenters geben. Seite 3

Emden – Der Umschlag von Windanlagen im Emder Hafen boomt. Seite 7

Wilhelmshaven – 32-jähriger Dealer bunkert Rauschgift für 80 000 Euro bei seiner Großmutter. Seite 7

SPORT

Aurich – Der Leichtathletik-Nachwuchs des NTV war bei der Ostfriesland-Meisterschaft erfolgreich (Innenteil).

Berumerfehn – FFF Berumerfehn bleibt nach dem 1:0-Erfolg über SV Hage II Spitzenreiter der Kreisleistungsklasse. Seite 15

DAX	+0,75 %	
6249	6202 (Vortag)	
DOW JONES	+0,81 %	
12099	12002 (Vortag)	
ZINSEN Umlaufrendite		
3,86 %	3,81 % (Vortag)	
EURO EZB-KURS		
1,2546 $	1,2617 $ (Vortag)	

Stand: 18.10 Uhr

WETTER

HEUTE 16°

MI 15° | DO 19°

Hochwasser Norddeich

24. Okt.:	01.22 Uhr	13.35 Uhr
25. Okt.:	01.49 Uhr	14.05 Uhr

SCHLAGZEILEN

POLITIK
Im Landtag droht ein Transrapid-Ausschuss

NORDWEST/BREMEN
Hannovers Oberbürgermeister beendet sein Amt

WIRTSCHAFT
Neue Entwicklung bei Airbus

SPORT
Alonso weint im Cockpit

Abschied von Schumacher von der Formel I

PANORAMA
Fliegerbombe detoniert auf Autobahn – Arbeiter getötet

Gaspreis und eigene Honorare erhöht

Norder Aufsichtsrat gewährt sich selbst höheres Entgelt

Rat entscheidet über „Angemessenheit" der pauschalen Erhöhung von Sitzungsgeldern.

Norden/mm – Die Stadtwerke Norden erhöhen ihre Gaspreise (mehr dazu auf Seite 3) und die Mitglieder des Aufsichtsrates der Wirtschaftsbetriebe ihre Aufwandsentschädigungen: In der jüngsten Sitzung des nicht öffentlich tagenden Gremiums langten die Politiker in die Kassen des städtischen Betriebes.

Sieben Mitglieder erhalten demnach eine Pauschalvergütung von monatlich 40 Euro – unabhängig davon, wie oft getagt werden muss. Die Tätigkeiten des Aufsichtsratsvorsitzenden und seines Stellvertreters werden zukünftig pauschal mit 200 Euro beziehungsweise 100 Euro pro Monat entlohnt. Die neuen Aufwandsentschädigungen sollen ab dem 1. November gelten.

Bisher lagen die Honorare bei zwölf Euro je Sitzung für jedes der neun Mitglieder. Der Aufsichtsrat tritt im Durchschnitt einmal pro Monat zusammen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Wolfgang Sikken (CDU), wollte sich gestern nicht zu den neuen Tarifen äußern. Er berief sich auf seine Verschwiegenheitspflicht und verwies auf die konstituierende Sitzung des Stadtrates am 1. November.

Nordens 1. Stadtrat Hans-Bernd Eilers teilte auf KURIER-Anfrage mit, dass die Höhe der Aufwandsentschädigungen für Aufsichtsratsmitglieder im öffentlichen Teil der Sitzung behandelt wird. Der neue Rat müsse die „Angemessenheit prüfen" und somit auch über die Rechtmäßigkeit befinden.

Nach KURIER-Informationen soll die Erhöhung der Sitzungsgelder von den Allianz-Vertretern betrieben worden sein, während die SPD dagegen votierte. Das Abstimmungsverhalten und die Honorar-Erhöhung wollten weder Aufsichtsratsmitglieder noch die Geschäftsführung der Wirtschaftsbetriebe bestätigen.

BEESTMARKT-FAMILIENTAG

In Norden geht heute die fünfte Jahreszeit zu Ende. Mit einem Familientag, an dem die Preise gesenkt werden, endet der diesjährige Beestmarkt. Vier Tage Jubel, Trubel, Heiterkeit liegen dann hinter den Besuchern und den Schaustellern, die nach dem Abbau in der Nacht zu Morgen weiter nach Aurich ziehen, wo am Wochenende der Herbstmarkt stattfindet. FOTO: FOORTMANN

„Schloss"-Verein sieht sich getäuscht

Geschäftsführer kündigt rechtliche Schritte gegen vermeintlichen Investor an

Großheide/mg – Der Kinder- und Jugendhilfeverein „Schloss Großheide" hat seinen bisherigen Vorsitzenden Izaak van Dijken abgewählt und will juristische Schritte gegen ihn einleiten, bestätigte Geschäftsführer René Meyer.

Van Dijken, der öffentlich als Investor für die geplante Sanierung des Großheider „Schlosses" aufgetreten war, habe die Vereinsführung bewusst getäuscht, sagte Meyer. So habe der Niederländer einen Mietvertrag mit dem gemeinnützigen Verein abgeschlossen, der die Einrichtung eines Kinder- und Jugendheims in dem historischen Gebäude plant, obwohl er zu keinem Zeitpunkt Pächter oder gar Käufer der Immobilie gewesen sei. Dies habe sich nach Rücksprache mit der in Marburg lebenden Besitzer-Familie herausgestellt. Den Eigentümern sei nicht bekannt gewesen, dass der angebliche Investor, das „Schloss" bereits seit längerem nutzt, betonte Meyer: „Die sind aus allen Wolken gefallen." Er selber habe mehrfach auf den Sanierungsbeginn gedrängt. Getan habe sich nichts, darum seien die Zweifel an der Seriosität des Holländers gewachsen. „Ich bin froh, dass wir früh genug reagiert haben" (Seite 9).

HAGE IN DER ERFOLGSSPUR

Die Bezirksliga-Volleyballer des SV Hage (links) bleiben in der Erfolgsspur. Gegen den SV Nortmoor und VV Emden landeten die Hager in eigener Halle jeweils klare 3:0-Siege. Mit 8:0 Punkten sind sie Tabellenführer (Seite 14). FOTO: MÜLLER

Inseln von Einheit noch weit entfernt

Unterschiedliche Kurbeiträge

Juist – Obwohl in der letzten Woche bereits der 50. Erfahrungsaustausch der Vertreter der Ostfriesischen Inseln auf Juist stattfand, sind die sieben Eilande von einer wirklichen Einheit noch weit entfernt.

So warten sie noch immer auf eine Vereinheitlichung der Gastgeberverzeichnisse, auch wird weiterhin über ein einheitliches Reservierungssystem diskutiert. Probleme bereiten zudem die unterschiedlichen Kurbeiträge, die vor allen Dingen an Flughäfen, in Landeshäfen oder von Seglervereinen erhoben werden – oder auch nicht. Über den kommunalen Finanzausgleich wurde auf Juist diskutiert, und auch die Säuberung der Inselstrände war wieder Thema. Einig ist man sich hierbei, dass der Landkreis die Kosten übernehmen soll (Seite 6).

Abschied für Warfsmann

Brookmerland/mg – Abschied nehmen heißt es für den Brookmerlander Samtgemeindebürgermeister Hartwig Warfsmann. In der kommenden Woche endet seine Amtszeit. Grund genug für einen Rückblick auf die vergangenen Jahre, aber auch Anlass zum Ausblick. Danach steht fest: Ganz ins Privatleben zurückziehen wird sich Warfsmann als „Ruheständler" nicht (Seite 10).

Norddeicher trumpfen auf

Norden – Die Punktspielpause haben die Norder Boßelvereine genutzt, um die neuen Stadtmeister zu ermitteln. Auf der Deichstraße zwischen Ostermarsch und Hilgenriedersiel gab es spannende Duelle. Die Vertretungen von „Goode Flücht" Norddeich trumpften mit drei Titeln auf. Bei den Frauen setzte sich Gastgeber Ostermarsch durch. „Noord" Norden ging leer aus (Seite 14).

„Aktivist" demonstriert vorm Kreishaus gegen Ein-Euro-Jobs

Jörg Rogall nach eigenen Angaben im „Hungerstreik"

Aurich/red – Mit einer „Ein-Mann-Demonstration" hat gestern der Upender Jörg Rogall vor dem Auricher Kreishaus gegen Ein-Euro-Beschäftigungsverhältnisse protestiert. Der freischaffende Fotograf sieht eine nicht genannte Anzahl jener Beschäftigungsverhältnisse als „illegal" an, weil sie seiner Auffassung nach keine zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeit darstellen, wie es der Gesetzgeber vorsieht, sondern vielmehr „Lohndumping". Nach eigener Darstellung befindet sich Rogall seit Sonnabend im „Hungerstreik". Diesen will er fortführen, bis der Landkreis und die Arbeitsgemeinschaft aus Kreis und Arbeitsamt die vorhandenen „illegalen Ein-Euro-Jobs in reguläre Beschäftigungsverhältnisse umwandeln". Er werde aber sicher den „Hungerstreik" beenden, falls gesundheitliche Probleme zu erwarten seien. Alle Ein-Euro-Jobs sollten ausgesetzt werden, bis eine Klärung erfolgt ist, ob diese rechtmäßig seien. Zudem müsse ein Vollzeit-Arbeitsplatz bei einer gemeinnützigen sozialen Beratungsstelle für Betroffene geschaffen werden (Seite 11).